

## VR China

## Untergrundkirche in China vom Vatikan verraten – Hinter dem Rücken des Papstes

Die Katholiken in China hatten es nie leicht. Jahrzehnte fristeten sie als romtreue Untergrundkirche ein schwieriges Dasein, immer in der Gefahr, verhaftet oder sogar ermordet zu werden. Die Alternative war die Patriotische Vereinigung, eine von den chinesischen Kommunisten infiltrierte und weitgehend von der chinesischen Regierung geführte und von Rom unabhängige Kirche. Die Bischöfe der Untergrundkirche wurden von Rom geweiht und berufen, die der Patriotischen Vereinigung berief die chinesische Regierung. Aufgrund des Anwachsens der Zahl der Katholiken kam es zur diplomatischen Annäherung. Nun liegt in Rom eine Vereinbarung, ein Konkordat über die gegenseitige Anerkennung der Bischöfe vor. Doch die chinesische Regierung hintertreibt die Abmachungen und auch im Vatikan wird – nennen wir es, wie es ist – gelogen und der Papst hintergangen. Kardinal Zen Ze-Kiun, emeritierter Bischof



Kardinal Zen

von Hongkong, ist ein Kämpfer für die Menschenrechte, er will diesen faulen Deal nicht. Hier seine Position. Offen und ungeschminkt:

„Die Wahrheit ist etwas Wertvolles und sie macht uns frei. Ich lebe in Hongkong, die beste Position, die Lage in China zu beurteilen. Vor der Übergabe Hongkongs von Großbritannien an die VR China versprach man uns ein Land, zwei Systeme, und das hörte sich gut an. Das war eine Lüge. Jedoch ist Hongkong immer noch eine offene Stadt, viele Menschen aus aller

Welt leben da. Die Regierung verzichtet daher auf offene, sichtbare Gewalt, und benutzt andere Wege, vor allen Dingen die Gerichtsbarkeit. Für Lächerlichkeiten werden viele ins Gefängnis gesteckt oder müssen horrenden Summen bezahlen. Man verzichtet darauf, nachweisbar Leute zu töten. Man verhaftet nicht mehr so viele Katholiken und Priester, wie man das früher gemacht hat, aber es sind nun einmal etliche Bischöfe im Gefängnis, und einige Priester sind dort sogar unter unbekanntenen Umständen umgekommen. In der gesamten Situation ist es klar: Die Kirche ist unter der vollständigen Kontrolle des Staates und genießt keine Freiheit.

In dieser Situation hat sich ein Bischof in einem Brief an mich gewandt und mitgeteilt, dass er die Aufforderung erhalten habe, zurückzutreten und Platz frei zu machen für einen von den Chinesen beistimmten Bischof.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser,

hinter uns liegt eine außerordentlich interessante, informative Jahresversammlung, an der wir Sie mit den Beiträgen dieser Ausgabe teilhaben lassen möchten. Schon seit langem nicht mehr wurde so offen beklagt, dass viele Regierungen sich nicht mehr an ihre Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte halten und sie im 70. Jahr seit ihrer Erklärung 1948 in der Bevölkerung ihre Anziehungskraft verloren hat. Dennoch, jeder Gast sprach von der Hoffnung, die von ihnen ausgeht, und dem Wunsch, dass sie wieder als das erstrebenswerte Ideal der Menschheit, wie es die Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beschreibt, sowohl die Linien der internationalen Politik bestimmt als auch die Sehnsucht der Menschen nach Frieden und Gerechtigkeit erfüllt. Krmanj Othman, der Menschenrechtsbeauftragte der kurdischen Regierung im Nordirak, fasste bereits in seinem Grußwort das Tagungsziel zusammen:

„Wir sind nicht hier hergekommen für eine politische Debatte, sondern wir sprechen hier und heute über Frieden und Menschenrechte. Über Frieden zu

sprechen ist sehr einfach, aber Frieden an der Basis zu kreieren, ist sehr schwierig. Über Menschenrechtsverletzungen im Mittleren Osten zu sprechen, ist sehr leicht. Aber Menschenrechte zu gewährleisten und ihren Schutz zu sichern, ist sehr schwierig für die Menschen in der Region. Ich bin 1981 geboren und ich kenne nichts anderes als Konflikte in der Region. In den schwierigen Zeiten, als viele Menschen den Irak verlassen haben, kam die IGFM in den Irak und unterstützte uns. Ich danke Ihnen allen und hoffe, dass Sie mit uns sind und bleiben.“

In dieser Ausgabe haben wir nicht ausdrücklich nach Ihrer Spende gefragt, jedoch brauchen wir Ihre Hilfe, um unseren Auftrag erfüllen zu können. Wenn Sie dieser Brief erreicht, war schon wieder ein Ärzteteam im Irak, haben wir einen weiteren Rettungswagen und einen Lastzug und notwendige Medikamente überbracht. Lassen Sie die Berichte auf sich wirken.

Ihr

Karl Hafen

Glücklicherweise war Erzbischof Xavier Hong in Rom, und er hatte die Möglichkeit, den Papst in Kenntnis zu setzen. Xavier Hong schrieb mir, dass der Papst geantwortet habe, dass es nicht richtig sei, einen Bischof zum Rücktritt aufzufordern, und warum man nicht ihn direkt konsultiert habe, und dass er sich fortan um die Situation kümmern werde. Aber dann erfuhr ich, dass der besagte Bischof nach Peking gebracht worden sei, wo er von einer Delegation des Vatikans aufgefordert worden war, zurückzutreten. Das ist eine sehr ernste Situation. Also fuhr ich selbst nach Rom und überbrachte dem Papst einen Brief und bat ihn, diesen zu lesen. Zwei Tage später sagte er mir, dass er klare Anweisungen gegeben habe, dass kein zweiter Fall – er sprach von einem älteren Fall – geschehen dürfe, in dem ein Bischof nicht genügend Schutz bekommen hatte und von der Regierung ins Gefängnis gebracht wurde. Ich hatte entschieden, das öffentlich zu machen. Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin, der zweite Mann im Vatikan, hat mich dann auch öffentlich gerügt, aber seitdem weiß man, dass der diplomatische Dienst des Vatikans Dinge tut, von denen der Papst nichts weiß. Noch unter Papst Benedikt war es so, dass das Staatssekretariat des Vatikans aktive Politik betrieben hatte, er, Benedikt, sehr viel über Ostpolitik wusste und man ihm schlecht etwas vormachen konnte. Der jetzige Papst Franziskus hingegen ist eher optimistisch, und er vertraut dem Diplomatischen Dienst und dessen Ostpolitik. Diese Leute mögen mich nicht anhören, und ich sagte ihnen immer wieder, dass durch diese ihre Ostpolitik die Kirche in China geschwächt und geschädigt werde. Sie geht auf die Regierung Chinas zu und schmeichelt ihr. Sie kommen gar nicht darauf, auf das aufmerksam zu



Kardinal Zen im Gespräch mit Prof. Dr. Schirmacher, Präsident des Int. Rates der IGFM

machen, was an deren Reaktion falsch ist. Sie unterstützen nicht die Untergrundkirche und machen die Situation schlimmer und schlimmer. Der Vatikan hat der chinesischen Regierung dabei geholfen, dass immerhin 17 Bischöfe, die von der chinesischen Regierung vorgeschlagen worden waren, auch vom Vatikan anerkannt wurden. Und trotzdem versucht die chinesische Regierung immer wieder, regierungstreue Bischöfe durchzusetzen, die keine Zustimmung des Vatikans haben. Das sind derzeit noch sieben, und das verursacht große Probleme. In der Untergrundkirche gibt es nur noch 30 Bischöfe, und wenn einer stirbt, wird er vom Vatikan nicht mehr ersetzt. Jetzt gibt es einen permanenten Kontakt zwischen Peking und dem Vatikan, wobei ich als Kardinal und mein Nachfolger Erzbischof Xavier bei allen Gesprächen außen vorgelassen werden. Man hält uns im Dunkeln, in Unwissenheit, und trotzdem haben wir Informationen, wonach es eine Vereinbarung, ein Konkordat, gibt, das unterschriftsreif ist über eine Einigung, wonach alle Bischöfe von der chinesischen Regierung genehmigt als auch von Vatikan anerkannt werden, wobei dem Papst lediglich ein Veto bleibt. Es gibt sieben Diözesen, in denen es fünf Bischöfe gibt, die nur von der chinesischen Regierung eingesetzt worden sind, in zwei Diözesen gibt es aber noch je einen rechtmäßig vom Vatikan anerkannten Untergrundbischof, die aber aufgefordert wurden, zugunsten der staatstreuen Bischöfe zurückzutreten. Aber es gibt eine viel schwerwiegendere Frage: Was geschieht mit den 30 von der chinesischen Regierung nicht anerkannten Untergrundbischofen? Die Regierung behauptet, sie werde die 30 Bischöfe anerkennen und fordert sie auf, an der chinesischen Bischofskonferenz der staatstreuen Bischöfe teilzunehmen. Aber diese Bischofskonferenz ist ein Fake, eine Show, sie wird vollständig von der chinesischen Regierung dominiert. Und im Vatikan sagen uns einige: Die Vereinbarung ist nicht wirklich gut, aber wir versuchen, uns dadurch ein biss-

chen mehr Freiraum zu schaffen. Die Realität aber ist: Sie lassen die Vögel aus dem Käfig und versuchen dann, sie wieder einzusperren.

Und darum bin ich hier, meine Stimme zu erheben, damit alle Brüder und Schwestern weltweit wissen, wie die Situation ist. Ich bin nicht gegen den Dialog. Ich habe von 1989 bis 1996 sechs Monate pro Jahr in chinesischen staatlich anerkannten Seminaren unterrichtet, ich habe mit Leuten der Regierung, der Kirche gesprochen. Ich kenne das alles. Andere sagen, ich würde eine Rebellion gegen den Papst anzetteln, das ist nicht wahr. Ich sage, dass die Leute rund um den Papst ihm nicht die volle Wahrheit sagen, und er nicht wirklich Bescheid wusste. Ich habe mit ihm gesprochen und er weiß nun mehr. Es ist ja auch noch nichts weiter passiert. Aber ich sage auch klar und deutlich: Sollte der Papst das Abkommen unterschreiben, ziehe ich mich schweigend in ein klösterliches Leben zurück.“ (gekürzt)

In der kurzen Diskussion im Anschluss antwortete Kardinal Zen auf eine Frage zum Verbleib von Bischof Su Zhimin, über dessen Verschwinden die IGFM erstmals 2007 berichtete:

„Das ist jetzt über 10 Jahre her. Er wurde gemeinsam mit dem Weihbischof ins Gefängnis gesteckt. Im Jahr 2006 teilte man dem Weihbischof mit, dass er das Gefängnis verlassen könne, um ordentlicher Bischof zu werden. Der Heilige Stuhl stimmte zu. Aber dieser Weihbischof war schwach, von eingeschränktem Horizont. Er trat sogar der Patriotischen (der von der kommunistischen Partei kontrollierten) Vereinigung bei.

Über Bischof Su wissen wir nicht mehr, denn kein Verwandter darf ihn besuchen. Einer vatikanischen Delegation wurde lapidar erklärt, man wolle mit ihnen nicht über ihn diskutieren. Ich halte das für grundfalsch, man hat aufgegeben, bevor man überhaupt angefangen hatte. Wenn ich dabei gewesen wäre, hätte ich darauf bestanden, darüber zu sprechen oder wir reisen wieder ab.“

#### Impressum

**Herausgeber:** Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)  
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt,  
Tel.: 069 - 420 108 0, Fax : 069 - 420 108 33  
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de  
UstIDNr. DE 1142 35 684

**Redaktion:** Karl Hafen

**Erscheinungsweise:** monatlich

**Druck:** johnen-druck, Bernkastel-Kues

**Satz und Layout:** Pixelvektor Stefan Eschenbach  
**Sektion Schweiz:**

Birkenweg 1, CH-2560 Nidau,  
Tel.: 32 - 331 75 67, Fax : 32 - 331 57 81

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

Die Finanzen der IGFM werden jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfvermerk stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:

IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00  
Swift-BIC: BFSWDE33MNZ  
Bank für Sozialwirtschaft



## Russland

# Die Rechte werden weiter eingeschränkt – Oppositionelle unter Druck gesetzt

Am 18. März dieses Jahres wurde schon wieder Vladimir Putin zum Präsidenten Russlands gewählt. Er hat dieses Amt seit Ende 1999 inne. Vladimir Putin hat während seiner Amtszeit die Gesetzgebungslage immer wieder verschärft, und es gibt die Tendenz zu immer mehr Druck und Kontrolle, vor allem gegenüber denen, die in der Opposition stehen, die öffentliche Veranstaltungen durchführen wollen, oder die auch einfach nur das Internet benutzen. Es ist nicht so, dass Leute willkürlich herausgegriffen und beschuldigt werden, aber viele Gesetze, in denen es um die Freiheit bzw. um die Beschneidung der Freiheit geht, sind absichtlich so formuliert, dass man sie auf die eine oder andere Art auslegen kann.

Wir sehen bei der Entwicklung der Rechtsordnung in Russland keine positiven Tendenzen. Die Freisprüche in der Justiz liegen derzeit bei etwa 1 Prozent aller Urteile. Das Strafrecht in Russland bedarf einer Reform, aber unter diesen Umständen und diesen Machthabern ist das kaum zu erwarten. Unter den gegebenen Umständen beschränkt sich die Rolle der Anwälte auf die von Statisten. Das Gesetz über die ausländischen Agenten ist so weit gefasst, dass man praktisch jede öffentliche Tätigkeit, wenn dafür ausländische Mittel geflossen waren, als ausländische Agententätigkeit ansehen kann. Das betrifft natürlich auch die Menschenrechtsorganisationen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Lebens in Rußland ist das Internetgesetz. Sie haben sicher den Namen Nawalny gehört. Das ist ein Internetblogger, der es durch seine Internetauftritte zu ei-

nem großen Bekanntheitsgrad geschafft hat. Er hat die Macht-haber gezwungen, dass man auf ihn aufmerksam wird. Es wurden allerlei Maßnahmen ergriffen, dass sein Einfluss eingedämmt wird: Er wurde nicht zur Präsidentenwahl zugelassen, er hat zwei Verurteilungen hinter sich. Er befindet sich zwar technisch in Freiheit, kann aber jederzeit aufgrund der zwei Urteile festgenommen werden. Seine Tätigkeit wäre jedoch ohne das Internet nicht denkbar gewesen.

Deswegen gibt es jetzt immer wieder Vorschöße, das Internet mehr zu kontrollieren, um die Anonymität im Internet zu unterbinden. Man muss sich registrieren lassen, um ins Internet zu gehen. Ein weiterer Versuch der Machthaber ist es, auch die Mobilfunkverbindungen unter Kontrolle zu bringen, Messenger, whatapp usw.usw. Man verlangt, dass Codes eingeführt werden, die es ermöglichen, diese Messengers zu analysieren und auszuwerten. Alle Netzwerkanbieter sind inzwischen verpflichtet, ein halbes Jahr alle Daten aufzubewahren. Noch ist das nicht verwirklicht, denn das ist aufwendig und teuer, das durchzuführen, aber das Gesetz ist bereits da.

Noch ein paar Worte über die Stimmung der Menschen: Die meisten Menschen in Russland wie auch im Westen sind politisch eher passiv. Der Lebensstandard der Menschen ist nicht so schlecht, als dass sie sich gezwungen sehen, auf die Straße zu gehen. Psychologisch sind die Leute müde geworden vom ewigen Präsidenten, der seit 18 Jahren an der Macht ist. Aber da



Vladimir Novitzky, 56 Jahre alt, Rechtsanwalt, seit 1997 Vorsitzender der Sektion Russland und seit 1989 IGFM-Mitglied. Experte für Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Russland

keine wirklichen Konkurrenten zugelassen werden, sagen dann auch die Leute in Gesprächen „Wer soll es denn sonst machen?“ Und wenn viele Menschen Putin auch für schlecht halten, so ist er doch für sie das kleinere Übel. Die meisten Menschen in Russland betrachten den Menschen im Westen auch nicht als Feind. Aber umsomehr wundern sie sich, wenn sie in westlichen Medien und im Internet diese viele Kritik an Russland lesen. Sie verstehen nicht; wäre es nur Kritik an der Regierung, aber es geht hier oft um Kritik an Russland und den Russen. Deswegen halte ich es für eine Aufgabe von uns Menschenrechtlern egal in welchem Land dafür zu sorgen, dass unterschieden wird zwischen der Regierung eines Landes und dem Volk. Heute haben viele Menschen in Russland Angst, sich für Menschenrechte zu engagieren. Es ist nicht die Angst, dass man die Türe seiner Wohnung verschließt, Es ist nur eine Art Vorsicht. Menschenrechte sind nicht gerade sehr populär. Es ist also nicht so leicht für uns in Russland zu arbeiten, aber wir tun unser Möglichstes.

## Albanien

### Blutrache und Korruption – schwere Aufgaben für die IGFM-Sektion

Albanien ist ein sehr kleines Land im Herzen Europas, aber mit vielen Problemen. Ein Land, das aus der schlimmsten kommunistischen Diktatur in das des korruptesten Landes in Europa übergegangen ist. Aber es gibt Hoffnung. Wir Mitglieder der IGFM in Albanien haben uns dafür entschieden, nicht aufzugeben, sondern zu kämpfen. Drei Schwerpunkte bestimmen unsere Arbeit: Der erste ist die Blutrache. Blutrache stammt aus dem Mittelalter. Es gibt sie hauptsächlich in den nördlichen Landesteilen. Das Gerichtssystem ist korruptiert; also vertrauen die Leute auch dem Rechtssystem nicht. Sie nehmen ihr Schicksal in die eigenen

Hände. Das hat zur Folge, dass viele Frauen und auch Kinder wie unter Hausarrest stehen. Keine Bildung, keine Gesundheitsfürsorge, keine Arbeit für sie.

Der zweite Schwerpunkt der IGFM ist unser Kampf für ein besseres Rechtssystem, denn es schafft mehr Unrecht als Rechtssicherheit. Und die dritte Aufgabe besteht in der Menschenrechtserziehung junger Menschen. In der kommunistischen Ära wurden Menschenrechte so ausgelegt, dass nur der sie wahrnehmen konnte, der der kommunistischen Partei folgte.



Prof. Dr. Margarita Kola, Studium Kernphysik und Rechtswissenschaften, Promotion Internationales Recht, Vorsitzende IGFM-Sektion Albanien

Menschenrechtserziehung der jungen Mitbürger ist extrem wichtig für die Zukunft unseres Landes. Das wird kein einfacher Weg, aber die schwierigen Dinge gehen eben nicht einfach.

## Ukraine

# Drohungen und Übergriffe im Gerichtssaal Radikale nehmen das Recht selbst in die Hand

Es hat sich historisch so ergeben, dass wir sehr viele Juristen in unserer Sektion haben, und darum sind das Rechtswesen und die Strafjustiz die Themen, mit denen wir uns vor allem befassen. Im Laufe des gesamten Jahres 2017 hat unsere Sektion Gerichtsverfahren beobachtet und Prozesse besucht. Wir haben uns mit den Fällen vertraut gemacht, wir haben mit den Anwälten, mit den Richtern, mit den Verwandten der Angeklagten gesprochen. Und am Ende des Jahres hatten wir genügend Material, um eine Analyse vorzubereiten. Und wir konnten einige Tendenzen ausmachen, die uns Sorgen bereiten. Ein klassisches Problem der ukrainischen Gerichte ist die Dauer der Prozesse. Sie können sich über Jahre hinziehen, zwei bis 4 Jahre sind vorgekommen. Aber wir sehen auch andere, neue Tendenzen, die wir früher nicht kannten. Ansprechen möchte ich den Druck, der auf Richter und Anwälte ausgeübt wird. Es gibt krasse Fälle, in denen Aktivisten radikaler Gruppen während eines Prozesses in den Gerichtssaal stürmen, den Prozess unterbrechen und zum Erliegen bringen und den Richter gar zwingen, Entlassungspapiere oder sonstige Dokumente zu unterschreiben. Meistens kommt so etwas vor in Prozessen, in denen auch politische Fragen eine Rolle spielen. Zum Beispiel in Verfahren gegen Staatsbeamte der ehe-

maligen Regierung Yanokovich oder in Prozessen, wo es um oppositionelle Journalisten oder Aktivisten geht. Natürlich wissen wir, dass die Lage in der Ukraine sehr angespannt ist. Die Emotionen kochen hoch, alle haben ihre Meinung, aber trotzdem darf es nicht zu solchen Ereignissen führen. Und nicht nur Radikale, auch Beamte bauen Druck auf die Richter auf. Oft fällen Beamte bereits ein Urteil über einen Angeklagten und halten ihn für schuldig, noch ehe der Prozess begonnen hat, und Staatsanwälte oder Beamte kennen bereits die Zusammensetzung des Richtergremiums, bevor es überhaupt gewählt wurde. Unter all dem leidet die Judikative sehr. Und das schmerzt alle, denn nach dem Maidan hatten alle die Hoffnung, dass das es aufwärts gehen wird.

Das zweite Problem ist der Druck auf die Anwälte. Anwälte, die oppositionelle Aktivisten verteidigen, sind konfrontiert mit Bedrohungen, z.B. mit der Androhung von gegen sie gerichteten Prozessen oder mit körperlichen Angriffen. Meistens stehen radikale



**Anton Alekseyev, 1984, Jurist, Spezialgebiet Theorie und Geschichte der Menschenrechte, Verfassungsrecht und internationale Menschenrechtsnormen. Vorsitzender der IGFM-Sektion Ukraine, Mitglied einer Monitoringgruppe zur Beobachtung von Strafprozessen mit politischem Hintergrund**

Kräfte dahinter. Das geht bis zum Mord. So haben es die Anwälte natürlich sehr schwer, in unserem Land zu arbeiten, und von einem fairen Gerichtsprozess kann man erst gar nicht sprechen. Seit wir begonnen haben, diese Prozesse zu beobachten, wenden sich viele Anwälte an unsere Sektion, damit wir ihre Fälle, die sie verteidigen, auch beobachten. Und mehrfach hatten wir kaum mit der Prozessbeobachtung begonnen, da mussten wir uns mehr auf das Schicksal des Anwalts konzentrieren als auf den Prozess selbst. Ich war bereits mit Anwaltskollegen in europäischen Institutionen, auch im Europäischen Parlament und habe über dieses Problem berichtet. Der Bericht in englischer Sprache „The Right to a Fair Trial in Ukraine“ kann bei der IGFM bestellt werden (20 €).

## Aserbaidshchan

# Der Islamisierung folgt die Radikalisierung der Gesellschaft Über 1000 aserbaidshchanische Familien über die Türkei zum IS

Aserbaidshchan grenzt an Russland, die Türkei und den Iran. Und die Politik in diesen Ländern wirkt sich auf die Politik in Aserbaidshchan aus. Der radikale Islam bereitet uns große Kopfschmerzen, die Mehrheit unserer Bevölkerung ist muslimisch. Diese Entwicklung hat zu einer Kriminalisierung unserer gesamten Gesellschaft geführt. Die Gewaltbereitschaft nimmt zu, die Alltagsgewalt nimmt zu, auch die Gewalt in Familien. Das hatten wir so früher nicht erlebt. Viele junge Leute haben sich mit dem IS beschäftigt. Sie zogen sogar mit ihren ganzen Familien zunächst in die Türkei und von da weiter in den Irak oder nach Syrien. Die Statistik spricht von etwa 1000 Personen aus Aserbaidshchan die in den Reihen des IS waren. Etwa 200 aserbaidshchanische Frauen mit ihren Kindern sitzen heute fest im Irak und bekommen keine Hilfe, sind schutzlos

und wissen nicht, wie sie in ihre aserbaidshchanische Heimat zurückkommen können. Denn erst, wenn der Ehemann, das Familienoberhaupt, umgekommen ist, bemühen sich die Verwandten in Aserbaidshchan darum, die Kinder und die Witwen zurückzuholen. Ich habe immer noch vor Augen den Fall des viereinhalb-jährigen Abdulem. Er war auf diese Art über die Türkei ausgereist nach Mossul, bei einer Bombardierung war die gesamte Familie getötet worden, Vater, Mutter und vier Kinder, und nur er ist am Leben geblieben. Der Junge konnte schließlich in die Heimat zurückgeführt werden, aber Hunderte weiterer Menschen sitzen fest ohne



**Dr. Saadat Benanyarli, 1951, Promotion über anorganische Chemie an der Uni Moskau. Leiterin der IGFM-Sektion Aserbaidshchan, Leiterin der Monitoringgruppe für Strafvollzug beim Justizministerium, Berichterhalterin bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates**

Hilfe, und ich denke, das geht uns alle an. Wir bemühen uns zu verstehen, wieso die Gewaltbereitschaft wächst. Gerade Waisenkinder werden oft gewalttätig, sie sind erzürnt, weil ihr Leben vernichtet wurde. Das hängt auch mit sozialen Problemen zusammen, die wir haben, und deswegen werden wir uns um diese Probleme vermehrt kümmern.